



**Erich G. Fritz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 11011 Berlin

Tel. (030) 227 – 73 111  
Fax (030) 227 – 76 733  
e-mail: erich.fritz@bundestag.de

[www.Erich-Fritz.de](http://www.Erich-Fritz.de)

31. März 2004

### **Die Ausbildungsplatzabgabe schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze in Deutschland**

Situation auf dem Dortmunder Ausbildungsstellenmarkt verbesserte sich in 2003  
auch ohne eine Ausbildungsplatzabgabe

**Anlässlich der 1. Lesung des von Rot-Grün eingebrachten Entwurfs  
eines Berufsausbildungssicherungsgesetzes erklärt der Dortmunder  
CDU-Bundestagsabgeordnete Erich G. Fritz:**

Rot-Grün wartet bei der von ihr vorgesehenen Ausbildungsplatzabgabe mit einer Formel auf, die Unternehmen, Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland kaputtmachen wird.

Die Belastung durch die Ausbildungsplatzabgabe wäre ein zusätzlicher schwerer Schlag für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, insbesondere der mittelständischen Industrie und des Handwerks. Zudem ist zu erwarten, dass sich viele Betriebe nach Einführung der Ausbildungsabgabe „freikaufen“ werden und damit noch weniger betrieblich ausgebildet wird.

Für das System der dualen Berufsausbildung wäre mit der Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe ein Paradigmenwechsel verbunden. Es würden im Wesentlichen außerbetriebliche Lehrstellen entstehen, d.h. weitere Warteschleifen und Ersatzmaßnahmen ohne eine größere Chance auf einen späteren Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt.

Dass es sich bei dem Vorhaben zudem um ein Bürokratiemonster handelt, zeigt die Formel zur Berechnung des Volumens der Ausbildungsplatzabgabe. Es soll sich aus der Anzahl der bei einem Arbeitgeber durchschnittlich sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der Anzahl der bei ihm im Bezugsjahr durchschnittlich beschäftigten Auszubildenden, der Anzahl der erforderlichen zusätzlichen Ausbildungsplätze sowie der im Rahmen des sogenannten Leistungsausgleichs bundesweit förderfähigen Ausbildungsleistung errechnen. Die Bürokratiekosten sind mit 50 bis 70 Mio. Euro pro Jahr immens.

P  
R  
E  
S  
S  
E  
M  
I  
T  
T  
E  
I  
L  
U  
N  
G



**Erich G. Fritz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 11011 Berlin

Tel. (030) 227 – 73 111  
Fax (030) 227 – 76 733  
e-mail: erich.fritz@bundestag.de

[www.Erich-Fritz.de](http://www.Erich-Fritz.de)

31. März 2004

Das Bemühen um eine Verbesserung des Ausbildungsstellenmarktes hat auch ohne die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe Erfolg. Dies zeigen die Dortmunder Zahlen aus dem Jahr 2003. Demnach ist im Bereich der IHK zu Dortmund die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Vergleich zum Vorjahr um 3,5% gestiegen, die Zahl aktiver Ausbildungsstätten wuchs um 3,4%.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist davon überzeugt, dass Wirtschaftswachstum Voraussetzung für mehr Ausbildungsplätze ist. Deshalb tritt die Union dafür ein, dass Wirtschafts- und Sozialreformen mit dem Ziel der Senkung der Lohnnebenkosten vorangetrieben, der Arbeitsmarkt entriegelt, Vorschriften entbürokratisiert und ein einfaches und transparentes Steuersystem geschaffen werden. Nur so können die Betriebe ihrer Ausbildungsaufgabe nachkommen.

Wir haben nicht mehr viel Zeit zu verlieren. Deshalb müssen die vom Vorstand der CDU/CSU-Fraktion anlässlich der Klausurtagung am 28./29. März beschlossenen zehn Schritte im Steuer-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Ausbildungs- wie auch im Forschungs- und Technologiebereich schnellstmöglich umgesetzt werden. Das Angebot der Union zur Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzler bei der Umsetzung der Strukturreformen steht nach wie vor –jetzt muss es nur noch angenommen werden, damit Deutschland voran kommt.

PRESSEMITTEILUNG